

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 10

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

BELASTUNGSPROBE FÜR DIE WESTLICHE ALLIANZ

Das psychologisch leicht erklärbare Bedürfnis, vor Jahresende Bilanz zu ziehen und mit den Restanzen aufzuräumen, zeigt sich auch in der internationalen Politik. Seit Jahren intensivieren sich jeweils im Dezember — im Zusammenhang mit der üblichen Wintertagung des NATO-Ministerrates und den Integrationsterminen innerhalb der EWG — vor allem die Debatten über *Verteidigungsfragen* des Westens und Probleme des *europäischen Zusammenschlusses*. Im Dezember 1958 war es die Konfrontation mit der sowjetischen Drohung gegen Berlin, 1960 begannen im NATO-Rat die ersten Auseinandersetzungen über eine atomare Bewaffnung der NATO, und vor zwei Jahren resultierte aus den Gesprächen zwischen Kennedy und Macmillan in Nassau auf den Bahamas die Idee einer *Multilateralen Atomstreitkraft* der NATO — jene MLF also, die heute zum schweren Prüfstein der westlichen Allianz geworden ist.

Umstrittener EWG-Getreidepreis

Den Anstoß zu einer krisenhaften Zuspitzung der Entwicklung in der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* — indirekt auch zusammenhängend mit der Krise in der NATO — gab *Frankreich*, das im Oktober unmißverständlich und in fast ultimativer Form verlangte, bis zum 15. Dezember müsse eine Regelung der seit Jahren in der Schwebe gelassenen Frage eines einheitlichen europäischen Getreidepreises gefunden werden. Die unausgesprochen gebliebene, aber unüberhörbare Drohung, die EWG zu sabotieren, falls sich die übrigen Partner nicht der französischen Forderung beugten, richtete sich eindeutig gegen die *Bundesrepublik Deutschland*, die bisher gezögert hatte, ihre hohen Getreidepreise zu senken. Schon *Adenauer*, der einem Entscheid immer wieder auszuweichen verstanden hatte, hatte das Problem stets vor sich hergeschoben. Gegenüber Er-

hard zeigte de Gaulle nicht jene Langmut wie gegenüber Adenauer; es war klar, daß hier eine *politische Rechnung* präsentiert wurde, als Antwort gewissermaßen auf die vom engen Verhältnis zu Frankreich weg und zu einer stärkeren Anlehnung an die USA hintendierende Außenpolitik Erhards und Schröders.

De Gaulles Forderung brachte Erhard zunächst in eine peinliche Situation. Vor allem aus *wahltaktischen Überlegungen* hatte Adenauer seinerzeit einen Entscheid in dieser Frage hinausgezögert, und nun mußte Erhard, wenige Monate vor den Bundestagswahlen, einen Entschluß fassen, der ihm entweder unter der Bauernschaft zahlreiche Wähler entfremden oder nach außen hin mit dem Odium des Antieuropäers belasten würde. Erhard hat von sich aus — analog etwa den früher so heftig kritisierten « einsamen Entschlüssen » Adenauers — sich dafür entschieden, den französischen Forderungen entgegenzukommen und gegen innen die Bauern durch *massive Subventionen* zufriedenzustellen. Erhards Rechnung ist, für den Augenblick zumindest, aufgegangen. In Brüssel konnte die Bundesrepublik sich gegenüber ihren EWG-Partnern den Goodwill verschaffen, der automatisch jenem entgegengebracht wird, der Konzessionen einräumt, und auch in Deutschland war die gefährlichste Opposition durch den in Aussicht gestellten Geldsegen mundtot gemacht.

Wenn so nach außen hin alles geregelt erscheint und Erhard mit einem gewissen Recht gegenüber der Öffentlichkeit *europäischen Optimismus* ausstrahlen durfte, bleibt doch ein Unbehagen zurück über die Art, in der dieser Stein aus dem Weg zur Integration Europas weggeräumt wurde. Innenpolitisch ist die Regelung im wahrsten Sinne des Wortes erkaufte worden; was der deutsche Steuerzahler darüber denkt, wird sich bei den nächsten Wahlen erweisen. Aber auch die Methode, mit der de Gaulle den Getreidepreis-Entscheid erzwungen hat, er-

weckt Bedenken. Der Erfolg gibt ihm zwar recht, aber es bleibt doch problematisch, den Zusammenschluß Europas durch Drohungen und eine Politik der Pressionen voranzutreiben. Nur zu leicht könnten gelegentlich solche Praktiken — sehr zum Nachteil des europäischen Gedankens — auch anderswo Schule machen.

Ende der MLF?

Während in Brüssel, wenn auch in fragwürdiger Weise, wenigstens ein Entscheid herbeigeführt werden konnte, endete die Dezember-Tagung der Nordatlantikpakt-Organisation in einem Zustand totaler *Vernirung*. Der Ehrgeiz Washingtons, das Projekt einer Multilateralen Atomstreitkraft der NATO noch vor Jahresende unter Dach zu bringen, erwies sich schon von vornherein als Illusion. Man kann sich aber mit Recht fragen, ob auf dieser Tagung nicht das ganze Projekt überhaupt endgültig begraben wurde. In Paris zeigte es sich erneut, daß von allen Partnern der Allianz lediglich die Bundesrepublik Deutschland uneingeschränkt für die Schaffung einer MLF nach den Vorstellungen Washingtons eintrat. Mit einer Änderung der Haltung Frankreichs, das seine eigene Atomstreitkraft, die «Force de frappe» aufbaut und einer multilateralen Lösung konsequent Opposition macht, war von allem Anfang an nicht zu rechnen. Aber auch die Einstellung der neuen britischen *Labourregierung* gegenüber der MLF war für Amerika keineswegs ermutigend. Wilson rückte mit einem neuen Projekt — einer Atlantic Nuclear Force (ANF) — heraus, einer noch recht vagen Konzeption, von der nicht recht erkennbar ist, ob es sich um einen konkreten, diskutierbaren Vorschlag oder nur um eine aus taktischen Gründen zur Debatte gestellte Alternative handelt, deren Hauptzweck ist, die MLF aus der Traktandenliste der NATO zum Verschwinden zu bringen.

Die Verteidigungskonzeption der Labourregierung

Die Pariser Tagung des NATO-Rates und die Unterhausdebatte vom 16. und 17. De-

zember zeigten gleichzeitig zum ersten Mal die Umrisse der Verteidigungskonzeption des Labourkabinetts. Großbritannien sieht den Schwerpunkt seiner Aufgaben in den Gebieten *östlich von Suez*, vor allem im *Indischen Ozean*, wo britische Truppen schon zu Anfang des Jahres 1964 durch ihre Intervention in Ostafrika mit Erfolg als Ordnungsfaktor aufgetreten sind. Gegenüber diesen Verpflichtungen stehen die Aufgaben innerhalb der NATO und als Nuklearmacht für London im Hintergrund. Die Ankündigung eines Besuches des neuen sowjetischen Ministerpräsidenten *Kossygin* in England — in Erwiderung der Visite, die *Macmillan* Moskau im Februar 1959 abstattete — deutet darauf hin, daß Labour, wie nicht anders zu erwarten war, gewillt ist, die Politik der *Entspannungsbemühungen* gegenüber der Sowjetunion zu intensivieren.

Schwerwiegender als dieses Entgegenkommen gegenüber Moskau, das nur eine unter dem konservativen Regime begonnene Politik fortsetzt, sind die Absichten, die London damit in praktischer Hinsicht zu verknüpfen scheint. Noch ist es nicht klar, ob die Labourregierung tatsächlich entschlossen ist, die britische *Rheinarmee* von vier auf drei Divisionen zu reduzieren und damit eine 1954 in den Abkommen von London und Paris vertraglich eingegangene Verpflichtung zu verletzen. Daß das Labourkabinett einen solchen Rückzug ernsthaft in Erwägung gezogen hat, dürfte jedoch feststehen. Sollte er Tatsache werden, wären die Folgen unabsehbar. Er bedeutete nicht nur eine Absage an die von den übrigen Alliierten gebilligte Strategie der *Vorwärtsverteidigung*, sondern bedeutete auch gegenüber der Sowjetunion eine Vorleistung, für die in keiner Weise ein Äquivalent in Sicht ist. Wilson und sein Verteidigungsminister *Denis Healy* bewegen sich hier auf gefährlichem Terrain.

Frankreichs Schlag gegen Schröder

Für die Bundesrepublik gab es auf der Dezembertagung des NATO-Ministerrates noch eine weitere unerfreuliche Überraschung. Bonn hatte darauf gedrängt, daß in einem

gemeinsamen Communiqué Amerikas, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik einer neuen Initiative in der *Deutschlandfrage* zugestimmt werde. Es war ein Vorstoß, der vor allem Schröder eine gewisse Rückenstärkung verschaffen sollte. Die Amerikaner waren zwar skeptisch über die Nützlichkeit einer neuen Demarche in Moskau, stimmten jedoch der Initiative nach einigem Zögern zu. Dagegen weigerte sich Frankreich, seine Unterschrift unter das Communiqué zu setzen und brachte damit das Projekt zu Fall. Es war wiederum eine gewollte *Unfreundlichkeit* des Quai d'Orsay gegenüber dem deutschen Außenminister, dessen Politik der engen Bindung an Washington in Paris übel vermerkt wird.

Die Bilanz der Dezembertagung des NATO-Rates ist so eine für die Sache des Westens überwiegend negative. Die gegenseitigen Spannungen konnten nicht beseitigt, die Differenzen nicht überbrückt werden. Im Gegenteil, die divergierenden Tendenzen traten stärker hervor als in den vergangenen Jahren. Frankreich verharrt in seiner Abseitsstellung; Großbritannien hat eine neue Politik eingeleitet, deren Ziele noch unklar sind; die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich haben sich akzentuiert, und der Plan einer Multilateralen Atomstreitkraft wurde in keiner Weise einer Realisierung näher geführt. Der Hauptleidtragende dieser Entwicklung ist die Bundesrepublik Deutschland. Die Konzessionen Bonns in der Getreidepreisfrage haben sich in Paris nicht ausbezahlt. Frankreich zeigt dem Nachbarn östlich des Rheins weiterhin die kalte Schulter und äußert bei jeder Gelegenheit vernehmbar seinen *Unmut* über die Richtung, welche die Bonner Außenpolitik unter Erhard und Schröder eingeschlagen hat. Großbritannien spielt mit dem Gedanken einer Reduktion seiner Truppen-

bestände in Deutschland, die wiederum primär die Bundesrepublik belasten würde. Die enge Bindung an Amerika, die für Bonn auch heute noch eine unabdingbare Notwendigkeit ist, wird scheinbar bezahlt mit einer drohenden Isolierung Westdeutschlands innerhalb der Allianz.

Es wäre verfehlt, die Gefahren zu übersehen, die diese Entwicklung in sich birgt. Die Solidarität des Westens verlangt es, daß Deutschland nicht in eine Situation manövriert wird, in der es nur noch den Ausweg einer *Option* für Frankreich oder für Amerika hat. Die Sicherheit des Westens ist unteilbar. Über dem Streit um die Teilung und Abgrenzung der Aufgabenbereiche sollte die Gesamtkonzeption nicht aus den Augen verloren werden. Frankreich und Amerika sitzen schließlich, trotz aller Meinungsverschiedenheiten, im selben Boot und sind auf ihre gegenseitige Hilfe angewiesen. Daß sich diese Überzeugung auch auf amerikanischer und französischer Seite durchzusetzen beginnt, zeigten die in Paris geführten Gespräche zwischen den Verteidigungsministern Messmer und McNamara. Es wäre wahrscheinlich verfrüht, schon bald konkrete Ergebnisse dieser Fühlungnahme zu erwarten. Eine Bereinigung der Differenzen drängt sich jedoch auf, denn der Zeitpunkt, da der auf zwanzig Jahre abgeschlossene Nordatlantikpakt verlängert werden muß — Frühjahr 1969 —, rückt näher, und es ist schwer vorstellbar, wie die NATO bei der gegenwärtigen Konstellation das kritische Datum ungefährdet überstehen wird. Daß eine Annäherung zwischen Washington und Paris schließlich wieder auf Kosten Bonns erfolgt — etwa durch Schaffung des von de Gaulle geforderten *NATO-Dreierdirektoriums* — ist freilich eine Gefahr, die nicht von der Hand zu weisen ist.

Fabius

ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK DER FDP

Redaktionelle Vorbemerkung

In dem Rundschau-Beitrag «Bonner Politik auf unsicherem Kurs» («Schweizer Monatshefte», Oktober 1964, S. 619ff.) hat unser Mitarbeiter Fabius Kritik an der unberechenbaren Politik der FDP und ihres Vorsitzenden Dr. Erich Mende in der Deutschlandfrage geübt. Die Pressestelle der Freien Demokratischen Partei in Bonn hat uns daraufhin die nachfolgende, im vollen Wortlaut wiedergegebene Stellungnahme zukommen lassen, in welcher der gegenwärtige Standpunkt der FDP-Leitung zur Deutschlandpolitik dargelegt wird. Der Vorwurf, die Darstellung in unserer Rundschau sei unrichtig und unsachlich, bleibt freilich unbegründet, werden doch die tatbeständlichen Angaben des Rundschau-Beitrages, die für sich selbst sprechen, nicht bestritten.

Die Redaktion

Die Darstellung in dem Beitrag «Bonner Politik auf unsicherem Kurs», insbesondere was zur Deutschlandpolitik der Freien Demokraten gesagt wird, ist unrichtig und unsachlich. Wir bedauern das außerordentlich. Zur Richtigstellung:

1. Kontakte technischer Art gab es zwischen West- und Mitteldeutschland zu allen Zeiten der Spaltung. Das ist gut, denn die Verbindung zwischen Deutschen und Deutschen darf nicht abreißen. Bedauerlicherweise aber haben wir im Bereich dieser innerdeutschen Kontakte bisher «von der Hand in den Mund» gelebt, sie sind nicht koordiniert worden, und so gab es in der Tat gefährliche Betriebsunfälle. Um solche in Zukunft zu vermeiden, um das Gesetz des Handelns in der Hand zu behalten, also *um Ge-*

fabren auszuschalten, haben sich die Freien Demokraten für die Koordination aller gesamtdeutschen Angelegenheiten eingesetzt.

2. Die Freien Demokraten mit dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Dr. Erich Mende, an der Spitze halten an der Viermächteverantwortung für ganz Deutschland (Potsdamer Abkommen und Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945) mit Entschiedenheit fest. Bundesminister Dr. Mende sprach sich wiederholt dafür aus, daß *unter dem Dach dieser unabdingbaren Verantwortung der vier Mächte* paritätisch besetzte gesamtdeutsche Kommissionen für den innerdeutschen Personenverkehr, die wirtschaftlichen Beziehungen und für Sport und Kultur eingerichtet werden. Nur derart koordinierte und unter der Verantwortung der vier Mächte stehende Kontakte können von den Zonen-Machthabern nicht mißbraucht werden.

3. Die Freien Demokraten lehnen neutralistische Illusionen genau so entschieden ab wie die Anerkennung des Regimes von Pankow. Sie sind aber von dem festen Willen zur Wiedervereinigung der gespaltenen Teile Deutschlands beseelt und sehen eine wichtige politische Aufgabe darin, den sogenannten «Eisernen Vorhang» so durchlässig wie möglich zu machen für die Wirksamkeit der Idee der Freiheit des Einzelmenschen und der menschlichen Gesellschaft. Diese Idee muß immer stärker in die Bezirke des Zwangs und der Unterdrückung eindringen; sie wird — wenn wir dafür sorgen — dort in den vielfältigsten Formen wie ein zersetzender, letztlich aber heilender Bazillus wirken.

Wolfgang Schollwer

UNTERNEHMERTAGUNG AUF BOLDERN

An der Untermertagung auf Boldern im November 1964 wurde das Thema *Überbetriebliche Zusammenarbeit in Industrie und Gewerbe* behandelt. Die Einladung umschrieb diese Aufgabenstellung folgendermaßen: «Es geht heute nicht mehr allein um die Konkurrenzfähigkeit eines einzelnen Betriebes. Vielmehr ist die Frage im Vordergrund, ob unser Land sich einen weiteren Kräfteverschleiß durch ein krampfhaftes Festhalten an einer falschen Selbständigkeit des einzelnen Betriebes noch leisten kann und darf.» Auf Boldern werden jedoch nicht nur im Sinne betriebswirtschaftlicher Unternehmensplanung «facts» erarbeitet. Vielmehr zielt der Leiter dieses Tagungs- und Studienzentrums, Pfarrer *Paul Frehner*, weit über unmittelbar praktische Vorschläge hinaus: Begegnung und freie Aussprache charakterisieren diese Tagungen. Insofern liegen die Kriterien einer adäquaten Berichterstattung nicht in einer bloßen Reproduktion, sondern im Versuch, diese Voraussetzungen zu vergegenwärtigen, um nicht Gefahr zu laufen, das Besondere im Allgemeinen zu verlieren.

Der Aufbau der Tagung entsprach denn auch diesen Gegebenheiten. Nach einem einleitenden Referat über die «Notwendigkeit und Grenzen überbetrieblicher Zusammenarbeit» von Dr. *Weber*, Direktor der Landis & Gyr AG, das wegen dessen unerwarteter Landesabwesenheit von seinem Kollegen Dr. *Andreas Brunner* verlesen und kommentiert wurde, folgten «Beispiele überbetrieblicher Zusammenarbeit» von Direktor *Rudolf Huber* und kurze Berichte als praktische Ergänzungen von *Alfred Hebeisen* (Sabez AG), Dr. *Walter Hefti* (Margo AG) und Dr. *Eric Steinfels* (Steinfels AG). Pfarrer Frehner, der zwischen den einzelnen Referaten die Diskussion überlegen leitete, regte mit seinen abschließenden Worten über die «Menschlichen Voraussetzungen für überbetriebliche Zusammenarbeit» die persönliche Beschäftigung mit den aufgeworfenen Problemen über den unmittelbaren Anlaß der Tagung hinaus an.

Die klassischen Zusammenschlüsse in der Industriegesellschaft besitzen einen fast ausschließlich defensiven Charakter. Die technische Entwicklung und die Vergrößerung des Wirtschaftsraumes verändern die Voraussetzungen: neben dem beschleunigten Lebensrhythmus der Produkte wächst der Druck internationaler Konkurrenz. Konfrontiert man die schweizerische Situation mit diesem Tatbestand, wird mangelnde Konzentration und eine daraus folgende Verschwendung statt eine den steigenden Lohnkosten und der Konkurrenz gemäße Rationalisierung sichtbar. In diesem Zusammenhang muß wohl die etwas überspitzte Fragestellung gehört werden, was wir es uns kosten lassen müssen — und können —, nicht die leistungsfähigste Industrie zu besitzen.

Es ist jedoch vorerst aufschlußreich, die Möglichkeiten und Stufen überbetrieblicher Zusammenarbeit aufzuzeigen, bevor die Motive und die menschlichen Beziehungen freigelegt werden.

Die anspruchloseste Form besteht wohl im Erfahrungsaustausch, der beispielsweise in der Montagekonferenz der Maschinenindustrie zu einheitlichen Normen führte. Ein nächster Schritt besteht in der gemeinsamen industriellen Forschung. Abstimmung des Fabrikationsprogramms (zum Beispiel Lokomotiven) und die Bildung von Konsortien (für Kraftwerke in Entwicklungsländern), die aber befristet sind, bezeichnen eine weitere Etappe. Strukturell einschneidender sind Beispiele aus der Maschinenindustrie, bei denen eine gemeinsame Abteilung für ein bestimmtes Produkt mit gemeinsamer Forschung, Konstruktion und Verkauf geschaffen wurde. Lucens schließlich ist als Gemeinschaftswerk von 22 Firmen für die Entwicklung und den Bau eines Atomkraftwerkes eine Stufe umfassender Zusammenarbeit. Systematische Arbeitsteilung und ein Zusammenarbeitsvertrag regeln und ermöglichen dieses Werk.

Über den Bereich der schweizerischen

Wirtschaft hinaus treten Lizenzverträge und in zunehmendem Maß die Forschung (Euratom).

Sucht man nun aus dieser Begrenzung Rückschlüsse auf die Motive zu ziehen, so stehen wirtschaftliche Faktoren im Vordergrund. Sowohl eine akute Notlage wie Weitsicht können hier den bestimmenden Ausschlag geben. Vor diesem Hintergrund unausweichlichen wirtschaftlichen Zwanges warf Pfarrer Frehner immer wieder die Frage in die Diskussion, ob diese wirklich einziger Antrieb sei und sein dürfe. Dieser Einwurf zielte auf jene Feststellung Max Webers in seiner Religionssoziologie, welche die «in den psychologischen und pragmatischen Zusammenhängen der Religionen gegründeten praktischen Antriebe zum Handeln» als eine der Determinanten der Wirtschaftsethik versteht.

Indessen prägt der Anspruch der Wirklichkeit, des Alltags, weitgehend das Bild überbetrieblicher Zusammenarbeit. Beispiele aus verschiedenen Branchen belegten dies unmißverständlich. Beinahe könnte man versucht sein, Gesetzmäßigkeiten zu sehen und zu postulieren, die dann aber doch wieder auf die den einzelnen Wirtschaftszweigen eigenen Voraussetzungen zugeschnitten werden müssen. Ein Beispiel aus der Lebensmittelbranche kann dies beleuchten: Eine ausgesprochene Notlage unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg führte auf einem bestimmten Gebiet (die genauen Umstände sind für diese Darstellung unwichtig) zu einem eigentlichen Zusammenbruch. Dieser chaotischen Phase folgten Jahre, während denen die Selektion aus gesunden und kranken Gliedern vorgenommen wurde. Das daraus wachsende Vertrauen wurde in einem Zusammenschluß genützt, der auf Selbsthilfe, Preisstabilisierung und gemeinsamer Reklame gerichtet war. Damit waren die Voraussetzungen für die Integration dieses Wirtschaftszweiges gegeben, der in fest umrissenen Formen nun auch vorausblickend den drohenden Zollsenkungen und den damit verbundenen Preisschwankungen begegnen kann.

Diesem aus einer Notlage entstandenen Zusammenschluß stehen unter anderen Voraussetzungen zahlreiche andere Beispiele zur

Seite. Indessen können Notlagen nicht immer rechtzeitig erkannt werden. Ein intensives Studium und nicht zuletzt innerbetriebliche Strukturanalysen¹ und Voraussicht in der Planung² müssen hier einsetzen. Schließlich läßt sich auch aus an sich erfolgreichen Modellfällen überbetrieblicher Zusammenarbeit noch kein schlüssiges, allgemeingültiges Rezept finden — die Verschiedenheit der Branchen ist zu groß.

Neben diesen rein technischen Fragen rückt nun allerdings die menschliche Seite in den Vordergrund. Hier bleibt in der Erziehung zur Gemeinschaft noch sehr viel zu tun. Diese Anstrengungen müßten ihrerseits zur Schulung von Führungskräften im Sinne einer engeren Zusammenarbeit führen.

All diesen Bestrebungen stehen jedoch vorerst verschieden motivierte Hemmungen gegenüber, nicht zuletzt solche des Konkurrenzdenkens und — verallgemeinernd — das stete Einpendeln in den Konformismus. Hier setzten denn auch die Schlußworte Pfarrer Frehners ein, ganz im Sinne dieses gewaltigen Anspruches einer Gesamtschau und doch im Bewußtsein all der bleiernen Gewichte, welche den Höhenflug wirtschaftsethischer und menschlicher Überlegungen hemmen. Die Teilnehmer auf Boldern konsumierten alles andere als den gewerbsmäßigen «Geist aus dem Bauchladen», der «Gedankengut» verkauft³. Vielmehr wurde jene heilsame Unruhe erzeugt, welche die aufgeworfenen Fragen nicht mit dem Schluß der Tagung beantwortet sieht.

Carl Holenstein

¹Vergleiche dazu: «Betriebswirtschaftliche Beilage» der Neuen Zürcher Zeitung vom 8. Okt. 1963, Nr. 4040—4042: «Ziele und Methoden der langfristigen Unternehmensplanung.» ²Vergleiche dazu: Prof. Dr. E. Böhler: «Voraussicht und Blindheit im Wirtschaftsleben», Neue Zürcher Zeitung vom 1. April 1964, Nr. 1350, und vom gleichen Verfasser: «Reflexionen über Stellung und Aufgabe der Wissenschaft», Neue Zürcher Zeitung vom 10. März 1964, Nrn. 1008 und 1023. ³Karl Korn, Sprache in der verwalteten Welt, Olten und Freiburg i. Br. 1959, S. 99ff.

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Abkürzungen von Wirtschaftszeitschriften im folgenden Text:

FuW = Finanz und Wirtschaft

Kreditwesen = Frankfurter Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen

Monatsblätter = Frankfurter Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik

NZZ = Neue Zürcher Zeitung

SAZ = Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung

SGZ = Schweizerische Gewerbe-Zeitung

SHZ = Schweizerische Handels-Zeitung

Svizzera = La Svizzera Industriale e Commerciale

Versicherung = Schweizerische Versicherungs-Zeitschrift

Internationale Wirtschaftsprobleme

Von den turbulenten Vorgängen in der großen Politik während der Berichtszeit zwischen September und November 1964 ist auch das Schicksal der *westeuropäischen Wirtschaftsblöcke* nicht unberührt geblieben. Die französische Drohung, den Gemeinsamen Markt austrocknen zu lassen, falls unter seinen Teilhabern bis zum Jahresende keine Einigung über die Getreidezölle zu erzielen sein wird, hat die EWG in ihrem Kern getroffen; aber auch die Absicht der neuen britischen Regierung, die Zölle um 15% vom Wert zu erhöhen, bedeutete für beide Institutionen, die EWG und noch mehr für die EFTA, eine so peinliche Überraschung, daß die «SHZ» sich am 23. 10. veranlaßt gesehen hat, in ihrem Leitartikel von der aufdämmernden «Desintegration in Europa» zu sprechen; am 5. 11. schlägt sie mit der Abhandlung: «Am Ende der neoliberalen Epoche» an der Spitze ihres Blattes in dieselbe Kerbe. Im übrigen ist auch heute wieder die Ernte aus der Wirtschaftspresse zur europäischen Integration ziemlich mager ausgefallen. Der «Wochenbericht» des Bankhauses Bär beschäftigt sich am 1. 10. mit der «Spaltung und Wiedervereinigung Westeuropas», für welche letztere er gewisse Anregungen entwickelt. Im «Economist» wird

am 10. 10. unter dem Titel: «The uncommon market» die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen EWG-Staaten aufs Korn genommen. Für schweizerische Exporteure lehrreich ist eine Arbeit von Dr. M. Gal in Heft 3 der «Gewerblichen Rundschau» über «die Zolldiskriminierung der EWG gegenüber Drittländern». Eine «Zwischenbilanz des Stabilisierungsprogramms in der EWG» stellt die «SGZ» am 2. 10. auf.

«Der Weg von der Krise zum Kompromiß ist stets gleich lang wie zum Bruch»; mit diesem Urteil begleitet die «SHZ» am 22. 10. die Differenzen in der Agrarfrage der *Kennedy-Runde*. Erläuterungen über «die Kennedy-Runde und die Ausnahmebestimmungen» bringt «La Suisse Horlogère» vom 19. 11. — In *konjunktureller und struktureller Hinsicht* wird im «Economist» am 17. 10. auf die neuzeitliche Entfaltung ökonomischer Großunternehmen zu «multi-national companies» aufmerksam gemacht. Der Wirtschaftsberater H. G. Stokar befaßt sich in den von ihm herausgegebenen «Wirtschaftswinken» vom Oktober mit «Tendenzen und Entwicklungen» in der internationalen Geschäftswelt. Die «Betriebsführung» wartet im Oktober mit einem Gespräch auf, das sie mit Professor Dr. F. Kneschaurek über «die wichtigsten Wachstumsprobleme der Wirtschaft in den nächsten Jahren» veranstaltet hat. Schließlich bringt der «Wochenbericht» von Bär am 29. 10. Überlegungen über die «europäische Kulturpolitik».

Auffallend lebhaft ist die Beschäftigung der Wirtschaftspresse mit den Problemen des *Kapital- und Geldmarktes* gewesen. Nur auf das Wichtigste davon sei hier eingegangen. Philip Cortsey entwirft im «Kreditwesen» vom 15. 10. unter dem Titel: «Der einzige Ausweg: zurück zur Goldwährung» ein düsteres Bild der weltwirtschaftlichen Zukunft, aber er hat sich auch ein Rezept zur Abhilfe einfallen lassen. Im «Wochenbericht» vom gleichen Tage fragt Bär, ob «eine Periode knapper internationaler Kapitalversorgung» zu erwarten sei. «Die Kreditbefriedigung im Gewerbe» wird von Dr. C. Schirmer in

Heft 3 des «Internationalen Gewerbearchivs» beleuchtet. Die Skandinaviska Banken läßt in ihrem «Vierteljahresbericht» Nr. 3 Alvin H. Hansen über «die Golddevisenwährung und internationale Liquidität» zu Worte kommen. In der Genfer «Wirtschaftsrevue» vom November verbreitet sich Dr. Scheps über «die Schaffung eines europäischen Kapitalmarktes». Schließlich nennt die Londoner «Times» am 23. 10. die Situation günstig für die Welt-Kapitalmärkte, und Jacques Ittensohn ist im «Kreditwesen» vom 15. 11. mit einem Beitrag: «Währungsbürokratie in der Schweiz» vertreten. — Die «schweizerischen Grundsätze in der Entwicklungshilfe» werden am 30. 10. von der Wiener «Industrie» als realistisch und vorbildlich gerühmt. Der «Wochenbericht» von Bär erörtert am 19. 11. die Forderung der Entwicklungsländer nach «Stabilisierung ihrer Exporterlöse». — Auf weiteren Gebieten endlich wäre ein Hinweis auf folgende Beiträge zur Wirtschaftspresse angebracht: Die Wiener «Industrie» stellt am 18. 9. Betrachtungen an über die Position des «Finanzchefs in der Industrie» und am 2. 10. über «den Unternehmer in der Industriegesellschaft von morgen». G. Hirsland (New York) untersucht in den «Monatsblättern» vom Oktober, ob die «unternehmerische Selbstbestimmung nur noch eine Fiktion» sei. Der Baersche «Wochenbericht» vom 22. 10. erörtert unter der Firmierung: «Der Führungsstil» die Rolle, die der Unternehmer-Initiative im Betriebe zukommt. Die «Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» publiziert an führender Stelle ihres Heftes 3 «Gedanken über die Wirtschaft in hundert Jahren» von Professor Dr. W. A. Jöhr. Professor Dr. Emil Küng äußert sich in der Berner «Diskussion», Heft 10, zu dem Problem «Versorgungsstaat und Eigentumspolitik».

Aus der Schweizer Wirtschaft und von ihren Problemen

Ist die Stellungnahme der Wirtschaftszeitschriften zu internationalen ökonomischen Komplexen, über die es heute zu referieren galt, nicht sehr umfangreich und tiefschür-

fend ausgefallen, so macht ihre Beschäftigung mit Fragen der schweizerischen Wirtschaftsentwicklung diesen Mangel reichlich wieder wett. Zur *Konjunktur und Struktur* in der Schweiz läßt sich der Frankfurter «Volkswirt» mit seiner Ausgabe vom 2. 10. vernehmen; hier nennt Dr. J. C. Meyer das Konjunkturdämpfungsprogramm einen «Mißerfolg». Für die «SAZ» sind konjunkturelle Themen ein geschätzter Stoff: am 1. 10. geht sie auf «die Ertragsbilanz der Schweiz» ein, und in ihren Nrn. 41 bis 43 (vom 8., 15. und 22. 10.) macht sie sich durch die Publikation der Präsidialansprache von Dr. h. c. Carl Koechlin auf der letzten Delegiertenversammlung des Schweiz. Handels- und Industrie-Vereins zur «Konjunktur und Steuerpolitik» verdient. Als Nr. XV in der Sammlung: «Stand und Probleme der schweizerischen Wirtschaft» (Nr. 9/10 der «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen») weiß Dr. R. H. Droz die Leistungen der pharmazeutischen Industrie zu würdigen. Für Interessenten am Geschehen in der jüngsten Vergangenheit ist eine Broschüre der Schweizerischen Bankgesellschaft zum Expo-Jahr: «Schweiz. Wirtschaftsentwicklung 1939 bis 1964» wertvoll; sie ist als Nr. 2/3 des «Bulletins» erschienen. Nachdrücklich ist auf Vorträge des Botschafters Dr. Stopper: «Gegenwartsprobleme der schweizerischen Wirtschaft» (vgl. «Außenwirtschaft», Heft III von 1964) und «Integrationsschatten fallen auf die Schweiz» (vgl. «FuW», Nr. 82) hinzuweisen, die er während der letzten Monate in Frankfurt und Stuttgart gehalten hat. Den Versuch einer Zwischenbilanz «zum Konjunkturprogramm» unternimmt in der «SGZ» vom 9., 16. und 23. 10. der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Dr. O. Fischer. «Die wirtschaftliche Lage der Schweiz» und deren «Aussichten» liefern der «Svizzera» im Oktober interessantes Arbeitsmaterial. Über «die Zukunftsaussichten der schweizerischen Textilindustrie» verbreitet sich Dr. H. R. Leuenberger in der «SAZ» vom 26. 11.

Auf dem Gebiete des *Außenhandels* erörtert in der Zeitschrift «Deutschland-Schweiz», Heft 9, Dr. F. v. Napolski, der alt Geschäftsführer der deutsch-schweizeri-

schen Handelskammer, mit gewohnter Sachkunde die Ziffern des schweizerischen Handels über die Grenzen im 1. Semester 1964. Sorgenvoll blickt die «SHZ» am 10. 9. darauf, ob die «Diskrepanz» zwischen der Ein- und Ausfuhr endlich kleiner wird. Über die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zum Fernen Osten vermittelt das «Bulletin» Nr. 4 des Schweizerischen Bankvereins erschöpfende Auskunft. — Vom Bereiche der *Sozialpolitik* stammt eine Serie von Aufsätzen über «das kommende Arbeitsgesetz» in der «SAZ», deren letzter am 10. 9. publiziert worden ist. Die gleiche Zeitung behandelt am 24. 9. die «Assimilation ausländischer Arbeitskräfte». Mit Verspätung ist ihrem Referenten die «Wirtschaftspolitische Mitteilung» Nr. 8 der Wirtschaftsförderung zugegangen; Rechtsanwalt Dr. A. Matti erläutert dort «die Personalfürsorge der Privatwirtschaft und ihre Postulate an das Steuerrecht». Von der «sozialen Sicherheit in der Schweiz» spricht der in französischer Sprache abgefaßte Teil der «SAZ» am 29. 10. Eine Standortbestimmung «nach der 6. Revision der AHV» bringt die in Biel verlegte «Politische Rundschau», Nr. 6—8 von 1964.

Die «Steuer-Revue» wird im Oktober beherrscht durch eine Abhandlung von Dr. H. Gerber «zur Frage einer allgemeinen Getränkesteuer». — Schließlich stammt aus der Feder des Redaktors in der Genfer «Wirtschaftsrevue» (Oktoberheft), Dr. K. Eckert, eine zeitgemäße Betrachtung: «Konjunkturdämpfung und Integration». Alt Nationalrat Dr. H. Häberlin nennt in seiner «Werkzeitung» vom Oktober das Wohnproblem «ein kriegswirtschaftliches Überbleibsel». «La Suisse Horlogère» schildert am 16. 10. «Aufwertung und Reform der Berufe in der schweizerischen Uhrenindustrie». Biel als Industriezentrum wird am 17. 9. in einer Beilage zur «SHZ» mit dem Ehrentitel «einer fortschrittlichen Gemeinde» gefeiert, und über «Schwerpunkte der Basler Wirtschaft» referiert der Sekretär der dortigen Handelskammer, Dr. E. Schmidt, in «Deutschland-Schweiz» vom Oktober. Mit Genugtuung publiziert der Neuenburger «Gotthard-Brief» Nr. 301 den von ihm mit einem Preise ausgezeichneten Leitartikel von M. Neuen-

schwander unter der Überschrift: «Die Schweiz im Jahre 1975.» Zuletzt ist bemerkenswert, daß der Delegierte des Bundesrates für Arbeitsbeschaffung, Dr. h. c. Hummler, in der «SAZ» vom 12. 11. über die notwendige «Kooperation der schweizerischen Wirtschaft im Hinblick auf die europäische und weltmarktliche Entwicklung» schreibt und daß die «SHZ» in einer Sondernummer am 12. 11. des zehnjährigen Bestehens der Schweizerischen Studiengesellschaft für rationalen Güterumschlag gedenkt. Ein mehr historisch gehaltener Abriß über die «Versicherung auf Gegenseitigkeit in der Schweiz» stammt von Professor K. Wyß und steht in der Novembernummer der «Versicherung». Auch heute haben wir wieder auf die monatliche Folge des «Archivs für schweizerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik» als auf eine in ihrem Fache ergiebige Auskunftsquelle zu verweisen.

Wirtschaftsinformationen über die USA

Nur spärlich haben die Wirtschaftszeitschriften den heutigen «Querschnitt» mit Informationen über die Ökonomie in den USA bedacht. In *konjunktureller Hinsicht* ist ein «optimistischer Wirtschaftsausblick in den USA» von Dr. Mannheim wiedergegeben durch «FuW» am 7. 10., und eine «Lektion in ökonomischer Erziehung», verfaßt von R. E. Slesinger im New Yorker Magazin «Challenge» (Oktober) von Gewicht. — Handelspolitisch vermerkt die «SHZ» am 15. 10., daß die Schweizer Konkurrenz für die US-Uhrenindustrie wie ein rotes Tuch wirkt; man bekämpfe sie drüben mit nicht immer fairen Abwehrmaßnahmen. Allerdings zeigt sich «La Suisse Horlogère» am 5. 11. befriedigt über zwei objektive Entscheidungen der amerikanischen Tarifkommission vom Oktober, mit denen ungerechtfertigte Anträge aus der Uhrenindustrie drüben abgewiesen worden sind. — Die Probleme des amerikanischen *Kapitalmarktes* berührt eine Untersuchung des Survey of Current Business, die der deutsche «Arbeitgeber» am 5. 10. mit der Firmierung: «Volkeinkommen in den USA» nachzeichnet. — «Wachsende Gefahren für den Wert des

Dollars» infolge steigender *Lohnkosten* schildert die Wiener «Industrie» in einem Bericht aus New York am 13. 11. Von «den zusätzlichen Leistungen zum Lohn in den USA» spricht Dr. R. Adam (Washington) in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» (November).

Wirtschaftsinformationen aus anderen Ländern

Aus Europa: Im *Benelux-Raum* steht nach Maßgabe der Wiener «Industrie» vom 16. 10. «die belgische Industrie vor den aktuellen Problemen der EWG». «Die Wettbewerbssituation im Kreditwesen Belgiens und Luxemburgs» hat Dr. Günther im «Kreditwesen» vom 1. 11. die Feder in die Hand gedrückt. — Die *deutsche Bundesrepublik* ist neuerdings von einer lebhaften Bewegung um die Beteiligung der Arbeiter an der Vermögensbildung erfaßt worden. Den Anstoß dazu hatte ein Vorschlag gegeben, den der Vorsitzende der Gewerkschaft Bau, Steine und Erden, Georg Leber, machte. Zur Orientierung über «Lebers Foeds-Pläne», die auch außerhalb Deutschlands interessieren werden, dienen eine Interpretation von F. Piper im Novemberheft der «Monatsblätter» und mehrere Beiträge zum deutschen «Arbeitgeber» vom 5. 11. — Auch für Exporteure aus der Schweiz nach *Frankreich* wird ein Bericht: «Warum der österreichische Frankreich-Export stagniert» in der Wiener «Industrie» vom 11. 9. instruktiv sein. In der gleichen Zeitschrift ist am 6. 11. eine Darstellung der «handelspolitischen Neuorientierung Frankreichs» erschienen. — Verständlicherweise wird der «Economist» mit Äußerungen zu den von der neuen Labour-Regierung angekündigten und ergriffenen Wirtschaftsmaßnahmen in *Großbritannien* gefüllt. Nachdem er am 24. 10. «die ökonomische Erbschaft» geschildert hatte, die Wilson zugefallen war, verurteilt er entsprechend seiner liberalen Grundhaltung am 31. 10. den britischen Zollzuschlag, der «England über Nacht in ein hochprotektionistisches Land verwandelt» habe. Auch in der Schweizer Presse, wie zum Beispiel der «SAZ» am 5. 11., wird die britische Maßnahme als

«schwere Störung des internationalen Handels» und als unvereinbar mit Wortlaut und Geist des GATT wie des EFTA-Vertrages bitter gerügt. Das britische Rezept: «Wirtschaftswachstum nur mit neuen Ministerien und Steuern» will der Wiener «Industrie» vom 27. 11. nicht einleuchten. — Daß «*Italiens* Krise noch nicht überwunden ist», begründet der «Wirtschaftsbericht» der Bayerischen Staatsbank Ende September. Dem deutschen «Arbeitgeber» wird am 20. 10. aus Rom gemeldet, daß der italienische Staat «den Betrieben soziale Lasten abnimmt». — Aus dem Kreise der *nordischen Länder* äußert sich Dr. H. Raida im «Kreditwesen» vom 15. 9. über «die Habenzinsenregelung in Schweden», und die Wiener «Industrie» geht am 9. 10. auf die dortige «Investitionsfonds-Rücklage» ein. — Neben den wie üblich wertvollen «Informationen aus *Österreich*» ist ein Artikel von Dr. März in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom Oktober über «die Zukunft der österreichischen Gemeinwirtschaft» lesenswert. — Von «problematischen Lohnanpassungen in *Spanien*» berichtet «FuW» am 3. 10. — «In der *Türkei* hat sich vieles zum Guten gewendet», versichert Aldi Ipekçi in der «Rundschau des Internationalen Presseinstituts», Heft 11/12.

Aus der übrigen Welt: Die kürzliche Reise des französischen Präsidenten nach *Lateinamerika* hat laut «Economist» vom 3. 10. den Briten die Augen für die Möglichkeiten geöffnet, die dieser Erdteil bietet. Auch die «SHZ» rückt am 8. 10. Lateinamerika «ins Blickfeld» der Öffentlichkeit.

Der «Economist» schildert am 14. 11. ausführlich die erstaunlich rasche ökonomische Entwicklung von *Hongkong*. — «Höhere Rohstoffpreise und steigende Absatzchancen» prophezeit «FuW» am 24. 10. für *Israel* im Jahre 1965. — Die geschäftliche Lage *Japans* begegnet im olympischen Jahre einem verstärkten Interesse; die «NZZ» zeichnet am 11. 9. (Nr. 251) «die Wirtschaftsentwicklung dieses Landes in Anlehnung an eine Darstellung der OECD» nach. Einen großen Teil seiner Ausgabe vom 28. 11. hat der «Economist» dem Erstarken der japanischen Wirtschaft gewidmet. — Zu

Kanadas Devisenproblemen und ihrer bisherigen Behandlung durch die kanadischen Behörden nimmt im «Kyklos», Fasc. 4 von 1964, H. K. Binhammer das Wort. — Von «Entwicklungspragmatismus in *Pakistan*» weiß Dr. P. Meyer-Dohm im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom November zu berichten. — Aus *Südafrika* weiß die «NZZ» am 18. 9. (Nr. 258) von «anhaltendem Wirtschaftsaufschwung» und «FuW» am 26. 9. von «aufseherregender Fusion» in der Minenindustrie zu berichten.

Wirtschaft im kommunistischen Block und West-Ost-Handel

Auf die *Gesamtheit des kommunistischen Blocks* bezieht sich das Heft 19 der «Information» der Internationalen Treuhand AG, das sich mit den «Problemen der Koexistenz» befaßt. Die «Nouvelles», ediert von der Commission Economique pour l'Europe, bringen Ende September mit statistischem Material reichlich versehene Nachrichten über den «auswärtigen Handel der osteuropäischen Staaten».

Im «Kyklos», Fasz. 3 von 1964, steht ein langer Aufsatz von R. Sannwald (Brüssel) über «die *sowjetische* Wirtschaftsplanung».

Von Satellitenstaaten liefert *Rumänien* dem «Economist» am 19. 9. den Stoff zu einem Überblick über die politischen und

wirtschaftlichen Bestrebungen im Lande. Die Wiener «Industrie» widmet am 20. 11. der «Umgruppierung der Wirtschaft in der *Tschechoslowakei*» eine längere Betrachtung.

«Die EWG und die Frage des *West-Ost-Handels*» untersucht der Hamburger «Wirtschaftsdienst» mit Heft 9. Erich Klinkmüller bringt in der «Osteuropa-Wirtschaft» Nr. 3, auf eingehendem Tabellenanhang aufgebaut, eine neuartige Betrachtungsweise «zur Strategie des West-Ost-Handels». Mit der Volksrepublik China befassen sich die Wiener «Industrie» am 23. 10. («Ein Markt von 700 Millionen Menschen») und der soeben zitierte Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Oktober («Chinas Drang nach Westen»). Am 1. 10. sondiert die «SHZ» die Momente, die für und gegen den West-Ost-Handel sprechen. Endlich setzt sich in «FuW» vom 17. 10. der Harvardprofessor Carl Friedrich mit den West-Ost-Beziehungen aus der Sicht der amerikanischen Wirtschaftspolitik auseinander.

*

Zum Schluß: Die Münchener «Zeitung für kommunale Wirtschaft» legt ihre Betonung im September auf die Strom- und Fernwärmeversorgung, im Oktober auf die Gas- und im November auf die Wasserwirtschaft in den Gemeinden.

(Abgeschlossen Anfang Dezember 1964.)

Hans Posse